

# LAND TAGS KURIER



Seite 4:  
Ganztägig lernen –  
sächsische Angebote  
als Erfolgsmodell



Seite 16:  
Forum Mitteleuropa  
in der Hauptstadt  
der Slowakei



Seite 19:  
Kunst auf der Flucht  
im Bürgerfoyer des  
Landtags gezeigt

Ausgabe  
8.17



**Sächsischer Landtag**



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am 14. November hatte der Sächsische Landtag hohen Besuch. Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier war mit seiner Frau Elke Büdenbender zu Gast in unserem Freistaat. Das deutsche Staatsoberhaupt trug sich bei seinem Antrittsbesuch in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein, informierte sich über unser Parlament und traf die Vorsitzenden der Fraktionen zu einer Gesprächsrunde. Im Mittelpunkt stand der »ländliche Raum« mit all seinen Problemen in Sachsen und überall in Deutschland.

Solche Antrittsbesuche sind weit mehr als bloße protokollarische Pflichten. Sie bieten dem Besucher die gute Gelegenheit, sich vor Ort ein genaues Bild zu machen. Ob in Penig, Großenhain oder Oberwiesenthal, der Bundespräsident nutzte die Chance und begab sich in das ländliche Sachsen. Antrittsbesuche stellen aber auch einen engeren persönlichen Kontakt zwischen den Inhabern politischer Ämter auf verschiedenen politischen Ebenen oder in verschiedenen Ländern her.

Wie wichtig es ist, sich nicht nur im eigenen Land regelmäßig persönlich auszutauschen, das zeigen mir immer wieder die Konferenzen des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag. In diesem Jahr hatte der Sächsische Landtag eine Einladung vom Nationalrat der Slowakischen Republik nach Bratislava erhalten. Im historischen Parlamentsgebäude am Rande der Altstadt ging es um das Thema »Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur«.

Ich habe dort in meiner Eröffnungsansprache für einen lebendigen Dialog zwischen benachbarten Regionen geworben und dazu aufgerufen, mitteleuropäische Antworten auf aktuelle europäische Fragen zu finden. Mitteleuropa muss ein Motor und vitaler Kern der wirtschaftlichen Dynamik und des damit verbundenen Integrationsprozesses in der Europäischen Union bleiben. Der Freistaat Sachsen als Brücke zwischen dem Westen und dem Osten ist hierbei besonders gefragt.

Wie immer ging es im Landtag aber vor allem um konkrete sächsische Anliegen, wie die aktuellen Debatten zu Ganztagsangeboten an Schulen, zum Wissenschaftsstandort Sachsen oder zur Situation in den sächsischen Justizvollzugsanstalten zeigen. Über das und noch vieles mehr informiert Sie der neue Landtagskurier; ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

*Matthias Röbler*  
 Dr. Matthias Röbler  
 Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

62. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Ganztägig lernen**  
 CDU und SPD: Erfolgsmodell der sächsischen  
 Ganztagsangebote weiter entwickeln ..... 4

Hintergrundinformationen zu Ganztagsangeboten ..... 6

62. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Hinter Gittern?**  
 DIE LINKE: Drohenden Kollaps in den  
 Justizvollzugsanstalten abwenden! ..... 7

63. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Erfolg auf dem Weg zur Exzellenz**  
 CDU und SPD: Spitzenforschung unterstützen und  
 Wissenschaftsstandort stärken ..... 8

63. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Bürgergesellschaft statt Obrigkeitsstaat**  
 GRÜNE: Ein politischer Neuanfang braucht eine  
 neue demokratische Kultur ..... 10

JUGEND

»Politiker sein ist eigentlich ganz cool!«  
 15. Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag ..... 12

PARLAMENT

**Steinmeier im Parlament: Ländlichen Raum stärken**  
 Antrittsbesuch des Bundespräsidenten  
 Dr. Frank-Walter Steinmeier im Freistaat ..... 14

EUROPA

**Mitteleuropa in Europa**  
 Konferenz des Forums Mitteleuropa  
 beim Sächsischen Landtag ..... 16

Bratislava – die jüngste Hauptstadt in der EU ..... 18

AUSSTELLUNG

**Perspektiven des Gemeinsamen: Wir | We | Nahnu**  
 Eine Ausstellung des Sächsischen Ausländerbeauftragten  
 und des Willkommen im Hochland e. V. vom 18. Oktober  
 bis zum 16. November 2017 ..... 20

GESCHICHTE

»Wider die Feinde der Christenheit«  
 Ein Landtag im Sommer 1501 ..... 22

SERVICE

Weitere Informationen ..... 24

// Titel: Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier //  
 Foto: S. Giersch



# Sachsens Zukunft gestalten: Bildung und Forschung stärken, Debattenkultur entwickeln

// Im Rahmen der 62. Sitzung des Sächsischen Landtags am 15. November 2017 befassten sich Aktuelle Debatten mit der Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten an sächsischen Schulen und Problemen der Funktionssicherung im Bereich der Justizvollzugsanstalten. Fragen der politischen Kultur einer lebendigen Bürgergesellschaft und der Stärkung des Wissenschaftsstandortes Sachsen standen im Mittelpunkt der 63. Plenarsitzung am 16. November. //

Foto: S. Giersch



Fotos: S. Giersch

# Ganztägig lernen

CDU und SPD: Erfolgsmodell der sächsischen Ganztagsangebote weiter entwickeln

Ganztagsangebote, so Lothar Bienst, CDU, hätten einen festen Platz im Alltag sächsischer Schulen. Sie böten Möglichkeiten, den Erziehungs- und Bildungsauftrag ganzheitlich umzusetzen und trügen damit zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Seine Fraktion stehe dafür, dass Ganztagsangebote weiterhin freiwillig bleiben müssten. Iris Firmenich, ebenfalls CDU, betonte, dass Sachsen stolz darauf sein könne, was seit 2005 im Bereich der Ganztagsangebote erreicht worden sei. Es sei gut gelungen, mit Ganztagsangeboten eine Verknüpfung der Schu-

// In der Aktuellen Stunde zur 62. Sitzung des Sächsischen Landtags am 15. November 2017 debattierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD über die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells der sächsischen Ganztagsangebote. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformation auf Seite 6. //

len nach außen in die Gesellschaft zu schaffen, zum Beispiel zu Sportvereinen und Musikensembles. Jetzt müsse noch stärker an der Qualität gearbeitet werden, wobei noch mehr Wert als bisher auf eine Rhythmisierung des Schulalltags zulegen sei.

## Gute Angebote entwickeln

Nach Auffassung von Sabine Friedel, SPD, sei es noch ein langer Weg, um aus den Schulen mit Ganztagsangeboten gute Ganztagschulen zu entwickeln. Eine solche Ganztags-

schule lebe davon, dass sie das Lernen ganztägig ermögliche und es einen ausgewogenen Wechsel zwischen Unterricht, selbstständiger Arbeit und freier Spielzeit gebe. An vielen Schulen in freier Trägerschaft seien genau solche Ganztagsmodelle zu erleben. Auch einige öffentliche Schulen hätten sich trotz anderslautender Vorgaben der Bildungsagenturen in Eigenregie auf den Weg zum echten Ganztag begeben. Jetzt werde dringend eine Weiterentwicklung gebraucht mit mehr Freiheit für die Schulen, multiprofessionellen Teams an den

Uwe Nösner

// Lothar Bienst

// Cornelia Falken

// Sabine Friedel

// André Wendt

// Petra Zais



// Frank Haubitz

## Neuer Kultusminister Frank Haubitz vereidigt

Zu Beginn der Plenarsitzung am 15. November 2017 vereidigte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner Sachsens neuen Staatsminister für Kultus, Frank Haubitz. Ministerpräsident Stanislaw Tillich hatte ihn am 19. Oktober 2017 in das Kabinett berufen. Frank Haubitz war vor seiner jetzigen Tätigkeit 34 Jahre als Lehrer tätig, seit 1992 als Schulleiter des Gymnasiums in Dresden-Klotzsche. Bekannt wurde Frank Haubitz vor allem in seiner Tätigkeit als langjähriger Landesvorsitzender des Philologenverbandes Sachsen e. V.

Schulen und mehr Platz in den Schulen. Friedel verwies darauf, dass die Initiative zur Ganztagschule in Deutschland 2003 von der damaligen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, SPD, ausgegangen sei.

## Für Ganztagschule

Für ihre Fraktion, so Cornelia Falken, DIE LINKE, wäre eine Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten ganz klar eine Ganztagschule. Einige Bundesländer hätten bereits Ganztagschulen eingerichtet. Die Ganztagschule zeichne sich durch den nach den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern rhythmisierten Tagesablauf aus, wie es ihn im Freistaat Sachsen nicht gebe. Es müsse auch darüber nachgedacht werden, wie die Zusammenarbeit von Grundschule und Hort künftig aussehen solle. Kooperationsvereinbarungen allein reichten nicht aus, um die Ganztagschule im Grundschulbereich zu etablieren. Der Hort müsse auch in der Verwaltungs- und Personalstruktur wieder an die Schulen zurückgeführt werden.

## Es fehlt an Personal

André Wendt, AfD, bezeichnete Ganztagsangebote als nützlich und gut. Sie sorgten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Soziale Kompetenz und Teamfähigkeit würden gestärkt. Dennoch handle es sich bei der Aktuellen Debatte um eine Schaufensterdebatte von CDU und SPD. Über Jahre sei es versäumt worden, genügend Lehrpersonal einzustellen, um einen vertretbaren Betreuungsschlüssel dafür vorhalten zu können. Die wenigen Lehrer würden auch wegen der fehlgeleiteten Inklusionspolitik und des zunehmenden Migrantenanteils an den Schulen massiv und zusätzlich belastet. Es fehlten außerdem passende Räumlichkeiten. Die Umsetzung der Ganztagsangebote laufe in Sachsen aufgrund der desaströsen personellen Situation noch lange nicht, wie es sein sollte.

## Strukturelle Probleme

Petra Zais, GRÜNE, bestätigte, dass Sachsen, was die quantitative Seite der Ganztagsangebote betreffe, im deutschlandweiten Vergleich eine Spitzenposition einnehme. Das entspreche dem Elternwillen. Immerhin wünschten sich 90 Prozent der sächsischen Eltern gut betreute und flexible Ganztagsangebote. Beim Blick auf die qualitative Seite müsse allerdings festgestellt werden, dass es immer schwieriger werde, geeignetes Personal für die Förderangebote zu finden. Dasselbe gelte für die Einbeziehung geeigneter und kompetenter externer Kooperationspartner. Auch die nicht zufriedenstellende Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Hort komme immer wieder zur Sprache. Besonders die größeren Horteinrichtungen hätten durch die Aufteilung von Ganztagsangeboten auf unterschiedliche Häuser erhebliche strukturelle Probleme.

## Eine Erfolgsgeschichte

Nach Auffassung von Frank Haubitz, Staatsminister für Kultus, sei der Freistaat Sachsen in der Lage, noch mehr Mittel als die gegenwärtigen 25 Millionen Euro im Jahr in die Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten einfließen zu lassen. Diese Mittel seien sehr gut investiert. Im Schulgesetz

sei zudem festgelegt, dass im Schuljahr 2018/2019 an allen Schulen Ganztagsangebote geschaffen werden sollten. Die Einführung von Ganztagsangeboten vor zwölf Jahren habe die Bildung und Erziehung in der Schule seitdem ganz erheblich unterstützt. Diese Erfolgsgeschichte müsse jetzt weitergeschrieben werden.



Foto: Landtag

## Modifizierte Sitzordnung im Plenarsaal

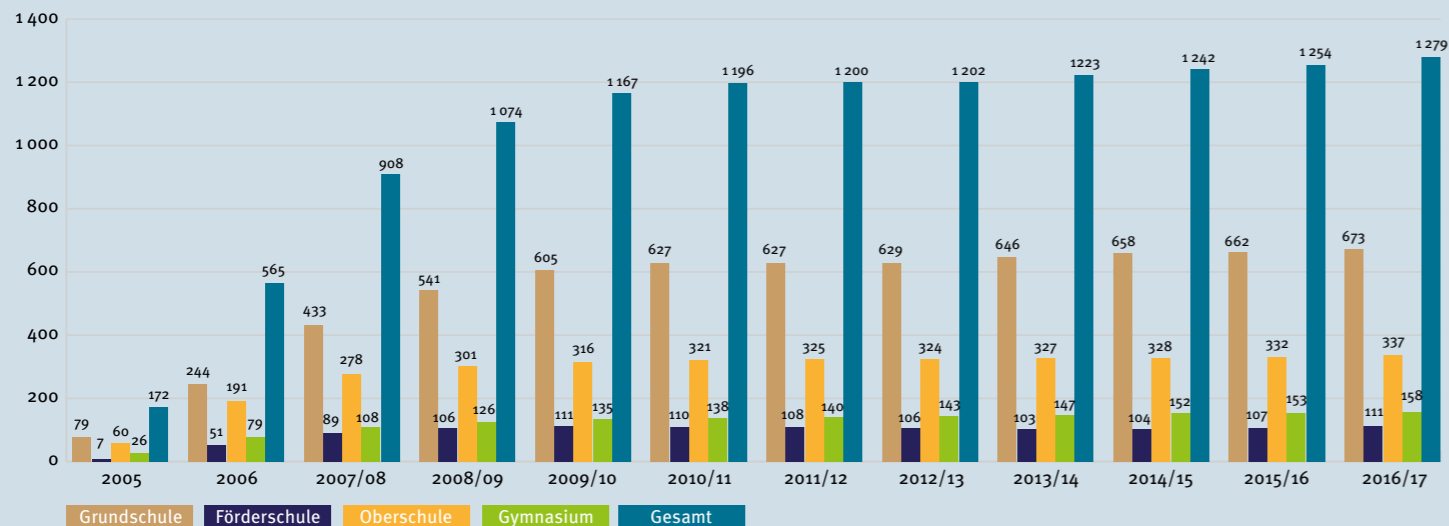
Nach dem Austritt von fünf Abgeordneten aus der AfD-Fraktion hat der Landtag die Sitzordnung im Plenarsaal modifiziert. Die fraktionslosen Abgeordneten Andrea Kersten, Dr. Kirsten Muster, Dr. Frauke Petry, Gunter Wild und Uwe Wurlitzer sitzen als Einzelabgeordnete zwischen den Stuhlreihen der AfD und der CDU. Neben einer Änderung der Sitzordnung hat das Präsidium des Landtags u. a. auch

die Redezeiten sowie die Verteilung der Räume angepasst. Die fraktionslosen Abgeordneten sind im Plenum zudem stimmberechtigt, aber sie haben kein Antragsrecht.



[www.landtag.sachsen.de/de/landtag/plenum/sitzordnung.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/landtag/plenum/sitzordnung.cshtml)

Zahl der Schulen mit Ganztagsangeboten in Sachsen



# Hintergrundinformationen zu Ganztagsangeboten

62. Sitzung des Sächsischen Landtags

Ganztagsangebote (GTA) als freiwillige unterrichtsergänzende Bildungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote erweitern das Spektrum an Möglichkeiten, den Erziehungsauftrag der Schule ganzheitlich umzusetzen. Sie tragen zu mehr Chancengerechtigkeit und Leistungsorientierung sowie zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Von 2003 bis 2009 unterstützte das Investitionsprogramm »Zukunft Bildung und Betreuung« von Bund und Ländern den Auf- bzw. Ausbau von Schulen mit Ganztagsangeboten. Seit 2005 fördert der Freistaat Sachsen allgemeinbildende Schulen bei der Gestaltung von Ganztagsangeboten. Seither hat sich an den sächsischen allgemeinbildenden Schulen ein positives Grundverständnis zu ganztägiger

// Einen Schwerpunkt der 62. Sitzung des Sächsischen Landtags bildete auf Antrag von CDU und SPD eine Aktuelle Debatte zu Ganztagsangeboten an sächsischen Schulen. Sie trug den Titel »Ganztätig lernen – Erfolgsmodell der sächsischen Ganztagsangebote weiter entwickeln und Bildungschancen unserer Kinder verbessern« (siehe Beitrag S. 4). Hier eine Hintergrundinformation zu Konsolidierung und qualitativem Ausbau der Ganztagsangebote in Sachsen. //

Bildung und Erziehung herausgebildet. Nachdem Ganztagsangebote in Sachsen in den vergangenen Jahren nahezu flächendeckend ausgebaut worden sind, ist nunmehr deren qualitative Weiterentwicklung vornehmliches Ziel.

### Umstellung der Mittelvergabe

Mit dem Schuljahr 2013/14 erfolgte im Bereich Ganztagsangebote eine Umstellung der Vergabe der Mittel von einer Förderung konkreter Konzepte je Schule auf eine pauschalierete zweckgebundene Zuweisung auf der Grundlage der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Zuweisungen an allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsangeboten (Sächsische Ganztags-

angebotsverordnung) vom 9. April 2013. Damit wird die Eigenverantwortung der Schulen bei der Gestaltung von Ganztagsangeboten gestärkt und der administrative Aufwand des Verfahrens erheblich reduziert. Vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus wurde eine Fachempfehlung erarbeitet, die ein gemeinsames Grundverständnis zu Qualität im Ganztagsangebot bei allen Beteiligten herstellt. Das betrifft also sowohl die Schulen als auch die Schulträger bzw. Schulfördervereine als Antragsteller sowie die Schulaufsicht. Die Empfehlung dient besonders den Schulen als Orientierung bei der Wahrnehmung ihrer gestärkten Eigenverantwortung bezüglich der Gestaltung und qualitativen Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten.

### Leitbild und Rahmenmodell

Die Gestaltung von Ganztagsangeboten orientiert sich am Leitbild für Schulentwicklung und dem Rahmenmodell »Qualität von Schule« in Sachsen. Wissenserwerb, Kompetenzentwicklung und Werteorientierung werden in unterrichtsergänzenden Lern- und Freizeitangeboten fortgeführt. Für eine intensive Beratung steht den Schulen in Sachsen ein gut ausgebautes Unterstützungssystem zur Verfügung. Dazu gehören insbesondere das Serviceteam GTA, die GTA-Referenten der Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur, die sächsischen Referenzschulen und die sächsischen Schulen des bundesweiten Netzwerkes »Ganztätig lernen«.



Uwe Nösner

# Hinter Gittern?

DIE LINKE: Drohenden Kollaps in den Justizvollzugsanstalten abwenden!

// Die Zweite Aktuelle Debatte zur 62. Sitzung des Sächsischen Landtags befasste sich mit der Personalsituation in den sächsischen Gefängnissen. Sie stand unter dem Titel »Hinter Gittern? Drohenden Kollaps in den Justizvollzugsanstalten abwenden!«. Eingbracht hatte sie die Fraktion DIE LINKE. //



62. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Klaus Bartl // Fotos: S. Giersch

Acht der zehn Justizvollzugsanstalten (JVA), so Klaus Bartl, DIE LINKE, seien im geschlossenen Vollzug überbelegt. Überall würden Aufschlusszeiten verkürzt. Die CDU-Personalpolitik provoziere Revolten. Besonders heikel sei die Lage in der JVA Chemnitz. Diese sei am stärksten überbelegt. Die Bediensteten hätten fast 10 000 Überstunden angehäuft. Für die 90 neuen Haftplätze, die im Frühjahr 2018 hinzukämen, habe das Justizministerium keine einzige zusätzliche Stelle bewilligt.

Andrea Dombois, CDU, verwahrte sich dagegen, dass seitens der Fraktion DIE LINKE von einem drohenden Kollaps in den Justizvollzugsanstalten gesprochen werde. Auch wenn es personelle Engpässe gebe, sei diese Art und Weise der Darstellung nicht gerechtfertigt und kontraproduktiv. Sie erlebe das

Justizvollzugspersonal immer wieder als fachlich hoch qualifiziert und menschlich hoch motiviert. Es sei eine anspruchsvolle Aufgabe, Menschen den Weg zurück in die Gesellschaft zu ebneten.

### Mehr Beamtenausbildung

Nach Auffassung von Harald Baumann-Hasske, SPD, müsse es in der Debatte vor allem darum gehen, ob der Justizvollzug seiner Aufgabe als Resozialisierungs- und Erziehungseinrichtung gerecht werde. Tatsächlich könnten einige Justizvollzugsanstalten diesen Aufgaben angesichts des Personalabbaus und der hohen gesetzlichen Zielsetzungen nicht mehr in gefordertem Umfang nachkommen. Deshalb würden die Kapazitäten

zur Ausbildung von Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst erweitert, um den zukünftigen Bedarf an Mitarbeitern zu decken.

Carsten Hütter, AfD, beklagte den Personalmangel bei Justizvollzugsbeamten ebenfalls. Er führte ihn auf eine verfehlte CDU-Sparpolitik zurück. Durch die stetig steigende Zahl ausländischer Inhaftierter seien die sächsischen Gefängnisse nur noch eingeschränkt arbeitsfähig. Alle Haftanstalten seien überbelegt, Chemnitz sogar zu 110 Prozent. Die notwendigen Doppelbelegungen und der wegen Personalmangels eingeschränkte Freigang führten zu Aggressionen unter den Häftlingen.

### Dank an Gesetzgeber

Katja Meier, GRÜNE, regte über die Personalproblematik hinaus neue Konzepte zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen und eine Ausweitung des offenen Strafvollzugs an. Der nordrhein-westfälische Justizminister sei dabei vorangegangen. Er habe vorgeschlagen, Bagatelldelikte wie das Schwarzfahren künftig nicht mehr als Straftaten, sondern als Ordnungswidrigkeiten zu bewerten. Schwarzfahrer hätten auch ihrer Meinung nach in einer Justizvollzugsanstalt nichts zu suchen.

Abschließend dankte Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz, dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber dafür, dass dieser im Haushalt 2016/2017 dem Strafvollzug mehr als 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt habe. Diese Stellen seien mittlerweile zum allergrößten Teil besetzt. Darüber hinaus seien die Ausbildungskapazitäten seit 2016 verdreifacht worden. Das seien erste Schritte auf einem Weg, der jetzt konsequent fortgesetzt werden müsse.





// Aline Fiedler // René Jalaß // Holger Mann // Karin Wilke // Dr. Claudia Maicher

*Uwe Nösner*

# Erfolg auf dem Weg zur Exzellenz

CDU und SPD: Spitzenforschung unterstützen und Wissenschaftsstandort stärken

// Unter dem Titel »Wichtiger Erfolg auf dem Weg zur Exzellenz – Sächsische Spitzenforschung unterstützen und Wissenschaftsstandort Sachsen weiter stärken« debattierten die Abgeordneten in der 63. Sitzung am 16. November 2017 auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD über das Thema Forschung und Wissenschaft in Sachsen. //

Vor Kurzem, so Aline Fiedler, CDU, hätten sieben sächsische Spitzenforschungsprojekte die nächste Runde des bundesweiten Exzellenzwettbewerbs erreicht. Das sei ein starkes Signal und ein beachtlicher Zwischenerfolg für den Wissenschaftsstandort Sachsen in einem harten Wettbewerbsumfeld. Dies gelte umso mehr,

als es bei den erfolgreichen Antragsskizzen um existenzielle Zukunftsfragen unserer Gesellschaft wie beispielsweise die Krebsforschung an der TU Dresden gehe. Nach Auffassung ihres Fraktionskollegen Dr. Stephan Meyer zeige der Erfolg der sächsischen Universitäten, dass der Freistaat die Prioritäten zu Recht bei Bildung

und Forschung gesetzt habe und damit die sächsischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstütze. Mit Blick auf die Zukunft des ausgedehnten Leichtbaus an der TU Chemnitz betonte er die Bedeutung der Bemühungen, das bisher erreichte Exzellenzniveau zu sichern und auszubauen.

## Breit aufgestellt

Holger Mann, SPD, betonte, dass Sachsens Wissenschaftslandschaft breit aufgestellt sei. Das Land setze Schwerpunkte bei Material- und Rohstofffor-

schung, in der Mikroelektronik und bei den Zukunftsfragen der Digitalisierung, aber auch in der Biotechnologie und der medizinischen Forschung. Diese Schwerpunkte seien bereits vor Jahren gesetzt worden und benötigten jetzt weiteres Engagement. Mit ihnen werde schon heute unter Beweis gestellt, dass ein langer Atem in der Grundlagen- und Anwendungsforschung zur Innovationsfähigkeit Sachsens beitrage und Spitzenforschung auf Weltniveau hervorbringe. Auch in Zukunft gelte es, Spitze und Breite zu fördern sowie Forschung und Lehre eng miteinander zu verzahnen. Bereits jetzt blicke man

## PLENUM

gespannt auf den Februar 2018 mit der nächsten Entscheidung über Anträge aus Sachsen für die nächste Runde der Exzellenzinitiative. In den Doppelhaushalt für 2019/2020 seien die hierfür notwendigen Mittel einzustellen.

## Strategien scheitern

Nach Auffassung von René Jalaß, DIE LINKE, zementiere die Exzellenzstrategie die Hierarchisierung der Hochschullandschaft. Viel Geld konzentriere sich an der Spitze. Wenig bleibe für die Breite. Von einem Wettbewerb in der Forschung könne keine Rede sein. Die Staatsregierung solle besser dafür kämpfen, dass alle sächsischen Hochschulen langfristig sicher finanziert seien. Leuchtturm-Strategien seien auch in der Hochschulpolitik zum Scheitern verurteilt. Unterdessen erpressten CDU und SPD die Hochschulen weiter. Diese sollten nicht nur die Studierendenzahlen reduzieren, sondern würden auch noch finanziell bestraft, wenn sie vom Wissenschaftsministerium durchgesetzte Zielvereinbarungen nicht erfüllten. Auch die für die Exzellenzstrategie ausgewählten Universitäten in Dresden und Leipzig seien betroffen. Seine Fraktion bleibe dabei, dass die ausreichende Grundfinanzierung aller Hoch-

schulen das beste Rezept für den Wissenschaftsstandort Sachsen sei.

## Investitionen viel zu gering

Karin Wilke, AfD, zog in Zweifel, dass es ausreiche, allein die Spitzenforschung zu fördern. Ihre Fraktion wolle den Erfolg der TU Dresden nicht kleinreden, aber objektiv gesehen spiele die einzige Exzellenzuniversität Mitteldeutschlands international keine Rolle. Es nütze nichts, nur in Leuchtturmprojekte der Spitzenforschung zu investieren, wenn die Grundinvestitionen in die Hochschulen viel zu gering ausfielen. Den Hochschulen fehle das Fundament, auf dem sie eine Spitzenforschung aufzubauen in der Lage seien, die im internationalen Vergleich mit den Besten mithalten könne. Sie appellierte an die Regierungskoalition, zuerst dieses Fundament zu schaffen, bevor man sich angesichts des Exzellenzstatus gegenseitig auf die Schultern klopfte.

## Zerstörtes Potenzial

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, erinnerte daran, dass die TU Dresden 2013 als einzige Universität nicht vom Stellen-

abbau betroffen gewesen sei. An allen anderen Hochschulen sei Raubbau betrieben worden, was die personellen Ressourcen anbelange. Davon hätten sie sich bis heute nicht erholt. Dafür trage natürlich ganz besonders die CDU die Verantwor-

## Gewinn für ganze Universität

Abschließend betonte Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, dass sich Staatsregierung und Parlament auch in den nächs-



tung. Wer wisse denn, wo Sachsen in der Forschung heute stehen würde, wenn in der Vergangenheit nicht so viel Potenzial zerstört worden sei, um Stellenabbauziele auf Teufel komm raus erfüllen zu können. Was den Zwischenerfolg der sächsischen Universitäten bei der Exzellenzinitiative betreffe, so sei dieser hart erarbeitet und wohlverdient. Es wäre der sächsischen Hochschullandschaft aber in ihrer Gesamtheit zu wünschen, dass die Staatsregierung und die Koalitionsfraktion im Doppelhaushalt für 2019/2020 mehr für Grundausstattung, Infrastruktur und Landesforschungsförderung ausgeben würden.

ten Jahren finanziell an der Weiterentwicklung der Hochschulen und insbesondere der Exzellenzinitiative beteiligen müssten. 25 Prozent der Mittel zur Finanzierung der Exzellenzinitiative einschließlich der Baumaßnahmen kämen aus dem Land und seien schon in der Vergangenheit vom Freistaat finanziert worden. Sachsen habe in der letzten und noch laufenden Förderperiode insgesamt 250 Millionen Euro über die Exzellenzinitiative einwerben können. Davon hätten an der TU Dresden nicht nur die Exzellenzbereiche profitiert, sondern die gesamte Universität.



Fotos: S. Floss





PLENUM



63. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Volkmars Zschocke (oben), Henning Homann

// Dr. Fritz Jaeckel // Fotos: S. Floss

Uwe Nösner

# Bürgergesellschaft statt Obrigkeitsstaat

GRÜNE: Ein politischer Neuanfang braucht eine neue demokratische Kultur

// Die Zweite Aktuelle Debatte zur 63. Sitzung galt der politischen Kultur in Sachsen. Sie war unter dem Titel »Ein politischer Neuanfang braucht eine neue demokratische Kultur – moderne Bürgergesellschaft statt Obrigkeitsstaat« von der Fraktion GRÜNE beantragt worden. //

Laut Volkmars Zschocke, GRÜNE, habe die CDU in Sachsen unter dem damaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf an das zu DDR-Zeiten geprägte Obrigkeitsdenken angeknüpft. Das Land brauche aber eine Zivilgesellschaft, die die Staatsregierung wachsam kritisiere, mit ihr streite und ihr nicht blind vertraue. Wer zukunftsfähige Lösungen für Sachsen entwickeln wolle, der müsse sich von obrigkeitsstaatlichem Denken befreien und eine breite Debattenkultur entwickeln. Die Notwendigkeit neuer Denkansätze, so Svend-Gunnar Kirmes, CDU, sei unbestritten. Aber die in einer neuen Staatsregierung handelnden Personen bedeuteten nicht, dass der Freistaat von einem kontinuierlichen Weg abweichen müsse. Ziel bleibe es auch in Zukunft, Sachsen weiter voranzubringen. Auch wenn noch viele Aufgaben bewältigt werden müssten, sei Sachsen nicht nur mit Blick auf die neuen Bundesländer, sondern auch in vielen Bereichen im Bundesvergleich gut aufgestellt.

## Demokratie behindert

Lutz Richter, DIE LINKE, warf der CDU vor, in 27 Jahren die Demokratie in Sachsen mindestens behindert, aber an vielen Stellen auch abgebaut zu haben. Sie stehe mit ihrem Alleinvertretungsanspruch all dem, was sie nicht selbst kontrollieren könne, skeptisch gegenüber. Deshalb habe sie sich im Land eine kleine, niedliche Monarchie eingerichtet, die jegliche Kritik an ihrem Regierungsstil als Vaterlandsverrat brandmarke. Henning Homann, SPD, wiederum bezeichnete das von der Bundestagswahl ausgehende Signal als klar. Ebenso klar sei die Antwort, dass es in Sachsen ein »Weiter so!« nicht geben werde. Lösungen bedürfe es in der Bildungspolitik, bei der inneren Sicherheit, der Infrastruktur, der Stärkung der Kommunen und in der Pflege. Unter politischer Kultur verstehe er, die bestehenden Probleme klar zu benennen. Auch müsse es sich für die Bürger wieder lohnen, sich für die Gesellschaft zu engagieren.

## Kein Obrigkeitsstaat

Jörg Urban, AfD, sah die GRÜNEN als exemplarisch für Verbote, Bevormundung, Gängelung und Vorschriften. Die Palette all dessen, was diese Partei gern verboten hätte, reiche vom Heizpilz über Glühbirnen bis hin zum Verbrennungsmotor. Würden Grünen-Politiker tatsächlich mehr Demokratie und Bürgergesellschaft wollen, hätten sie die Möglichkeit gehabt, das durch Zustimmung zu den AfD-Anträgen für mehr direkte Demokratie und Volksentscheide zu beweisen.

Abschließend wies Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, die Vorwürfe von Demokratiedefiziten bei der sächsischen CDU entschieden zurück. Ein Obrigkeitsstaat sei ein Staat, der als Akteur in allen öffentlichen Belangen die Bevölkerung politisch nicht einbeziehe und sie in eine Untertanenrolle dränge. Wie geschichtsvergessen müsse man sein, wenn man diese Definition mit dem Freistaat Sachsen in Zusammenhang bringe.



JUGEND

# Jugend-Redeforum: Schüler beweisen rhetorische Kompetenz

// Bereits zum 15. Mal wetteiferten Schüler aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg beim Jugend-Redeforum um Spitzenplatzierungen im Vergleich ihrer rhetorischen Künste. Am 4. November 2017 stellten sich 35 Jugendliche aus Oberschulen und Gymnasien, angespornt von Freunden, Lehrern und Angehörigen, dem Urteil einer Jury, die nicht nur Inhalt und Aufbau der Argumentationen zu vorgegebenen Themen bewertete, sondern auch Aspekte wie Stil und Körpersprache berücksichtigte. //

Foto: S. Füssel

# »Politiker sein ist eigentlich ganz cool!«

Linda Herfurth

// Am 4. November 2017 begegneten sich bereits zum 15. Mal Sachsens, Thüringens und Brandenburgs beste Nachwuchsredner zum Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag. Die jungen Debattierkünstler bekamen die Chance, einen ganzen Tag lang ihr rhetorisches Talent unter Beweis zu stellen. //

## 15. Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag

Fotos: S. Füssel



Über 200 Mitschüler, Freunde, Pädagogen und Angehörige spornten die 35 teilnehmenden Redner vor den Diskussionsrunden an, denn die fachkundige Jury legte nicht nur Wert auf den Inhalt der Redebeiträge, sondern auch auf Ausdrucksfähigkeit, Körpersprache und Körperhaltung der Schüler. Erstmals bekamen die Teilnehmenden am Vormittag die Möglichkeit, sich in drei Diskussionsrunden zu messen. Die Debatten fanden zeitgleich in drei verschiedenen Räumen des Sächsischen Landtags mit je drei Jurymitgliedern statt und dauerten je 15 Minuten. Danach wurde neu durchgemischt und jeder Teilnehmer konnte Fehler aus vorhergehenden Debatten ausbessern, sich die Kritik der Jury sofort zu Herzen nehmen und so seine Chancen auf eine gute Platzierung steigern. Die zehn punktstärksten Teilnehmer qualifizierten sich für die Einzelvorträge am Nachmittag.

»Politische Willensbildung lebt von Überzeugungskraft und beweiskräftigen Argumenten.«

Den einführenden Worten von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler folgten die ersten Debatten zum Thema »Wo wohnt man besser? Stadt oder Land?«. Die Meinungen hierzu unterschieden sich deutlich voneinander. Zur Überraschung zahlreicher Zuhörer fand jedoch das Leben auf dem Land bei den Jugendlichen oft mehr Anklang als das Leben in der Stadt. Mit den Worten »Ich bin und bleibe Dorfkind!« setzte einer der Teilnehmer ein klares Statement und

zauberte dem einen oder anderen Anwesenden ein Schmunzeln ins Gesicht.

In der darauffolgenden Debatte hieß es: »Die Fächer Musik, Kunst und Sport sollten nicht benotet werden!«. Auch hier kam es zum hitzigen Schlagabtausch zwischen Kunstliebhabern und Sport-

muffeln, Hobbymusikern und Kunstbanausen. Besonders die Argumentation einer Zwölfklässlerin, sich wegen einer schlechten Sportnote möglicherweise nicht ihren Lebenstraum, ein Literaturstudium, erfüllen zu können, überzeugte ihre Gegner und beeindruckte die Jury.

Neben den verschiedensten Themen, die Jugendliche und Schüler bewegen, wurde schließlich die Frage »Darf ich rauchen, was ich will? – Sollte Cannabiskonsum legalisiert werden?« erörtert. Eine Debatte, bei der sich die Gemüter erhitzten. Die Redekünstler glänzten mit ihrem Wissen über Konsequenzen des Konsums von Cannabis, präsentierten zahlreiche Lösungsvorschläge und meisterten damit auch diese Debatte mit Bravour.

Das Statement des Landtagspräsidenten Dr. Rößler, politische Willensbildung lebe von Überzeugungskraft und beweiskräftigen Argumenten, bestärkte die Jugendlichen in ihrem Wettbewerbs-Engagement. Alle Teilnehmer erbrachten in den Diskussionen beachtliche Leistungen, zum einen durch sachliche und überlegte Argumentation, zum anderen durch Schlagfertigkeit und Überzeugungsfähigkeit. Beeindruckend war die Leistung von Maria Hampel vom Elsterschloss-Gymnasium in Elsterwerda. Dem Wissen und den Erfahrungen der älteren Teilnehmer zum Trotz setzte sich die Neuntklässlerin in der Runde am Vormittag durch und qualifizierte sich mit der besten Gesamtpunktzahl für die Einzelvorträge am Nachmittag.

»Reden lernt man nur durch Reden.«

Marcus Tullius Cicero

Nachdem die zehn besten Redner der Vorrunde feststanden und ihre Redethemen gelost hatten, bereiteten sich die jungen Talente auf ihre Darbietung am Rednerpult im Plenarsaal des Sächsischen Landtags vor. Die einen waren tiefenentspannt, den anderen zitterten vor Aufregung die Knie. So standen sie vor dem Publikum wie die Politiker von morgen und hatten drei Minuten Zeit, die Juroren von sich zu überzeugen. Das Spektrum der Themen war auch hier wieder breit gefächert. Die Zweitplatzierte, Saskia Richter vom Geschwister-Scholl-Gymnasium in Löbau, erörterte, ob jemand wie Donald Trump in Deutschland eine Chance hätte. Die Rede der Schülerin stach heraus, nicht zuletzt durch ihre beherzten Aussagen, gepaart mit ihrer charismatischen Ausdrucksweise.

Imponiert hat der Jury vor allem die diesjährige Siegerin des Jugend-Redeforums, Annabell Clemen vom Ferdinand-Sauerbruch-Gymnasium Großröhrsdorf. Sie bereitete die Frage »Sollen Busse und Bahnen von allen kostenfrei genutzt werden dürfen?« gekonnt auf und gewann durch einen sehr persönlichen Einstieg das Gehör



aller Anwesenden. Passend zur Thematik beklagte sich die Zwölfklässlerin, dass sie für die Fahrt zum 15. Jugend-Redeforum in Dresden mehr als neun Euro für Bus und Bahn zahlen musste. Was nach einem kleinen Betrag klingt, ist für eine Schülerin jedoch ein großer Teil des monatlichen Taschengeldes. Annabell Clemen setzte während ihrer Rede bedacht ihre Körpersprache ein, nutzte sämtliche Mittel der Rhetorik und sorgte mit ihrer kräftigen und doch angenehmen Stimme dafür, dass man ihr gern zuhörte. Die Schülerin bewies: »Reden lernt man nur durch Reden«. Bereits im vergangenen Jahr hatte sie am Jugend-Redeforum teilgenommen und dort den zweiten Platz belegt.

»Meinungsvielfalt auf hohem Niveau zu präsentieren und mit Leben zu erfüllen, dazu trägt auch das Jugend-Redeforum seinen Teil bei.« Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler hatte das zu Beginn der Veranstaltung gesagt. Die diesjährigen Redetalente bewiesen das und machten das 15. Jugend-Redeforum so zu einem vollen Erfolg. Das bestätigten auch die jungen Zuschauer und Teilnehmer von morgen, die zur Erkenntnis kamen: »Politiker sein ist eigentlich ganz cool!«. Auch im nächsten Jahr, am 5. November 2018, sind alle Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen acht bis zwölf an Oberschulen und Gymnasien in Sachsen, Thüringen und Brandenburg herzlich eingeladen, wenn der Plenarsaal wieder zur Bühne für junge Debattierkünstler wird.





PARLAMENT

// Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dr. Matthias Röbner, Elke Büdenbender und Gerlind Röbner // Fotos: S. Giersch

*Katja Ciesluk*



PARLAMENT

# Steinmeier im Parlament: Ländlichen Raum stärken

Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier im Freistaat

// Zwei Tage bereiste Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier den Freistaat Sachsen. Dabei machte er mit seiner Frau Elke Büdenbender am 14. November 2017 natürlich auch Station im Sächsischen Landtag. Präsident Dr. Matthias Röbner und Ehefrau Gerlind hießen das Staatsoberhaupt im Parlament willkommen. Im Gespräch mit den Parlamentsspitzen zeigte sich Steinmeier sehr interessiert am Umgang der sächsischen Politik mit der Zukunft der ländlichen Räume. //



Erst am Tag zwei seines Besuches kommt Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier in die Landeshauptstadt. Der erste Tag war bewusst sächsischen Regionen vorbehalten. Steinmeier sprach mit Kommunalpolitikern auf dem Fichtelberg, besuchte das Chemieunternehmen Wacker AG in Nünchritz und nahm an einem Empfang für ehrenamtlich engagierte Bürger in Großenhain teil. Er habe Sachsen dabei von einer sehr positiven Seite kennengelernt, betonte Steinmeier beim Arbeitsfrühstück im Sächsischen Landtag beeindruckt. Die Probleme des ländlichen Raums sieht Steinmeier als eine wesentliche Ursache für die Unzufriedenheit der Menschen mit der Politik. Groß war deshalb sein Interesse, im Gespräch mit dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner, der Vizepräsidentin Andrea



Dombois und den Fraktionschefs die Erfahrungen der Landespolitiker zu hören. Man habe seit Langem erkannt, dass die Landflucht und der demografische Wandel gravierende Probleme seien, bei denen die Politik gefordert sei. »Im Sächsischen Landtag erarbeitet eine Enquete-Kommission derzeit Vorschläge zur Zukunft der Pflege«, skizzierte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner einen konkreten Lösungsansatz der sächsischen Abgeordneten. Die Ausdünnung der ländlichen Räume ziehe jedoch noch viele weitere Probleme in der Infrastruktur nach sich: ob im Verkehr, bei der ärztlichen Versorgung oder der Gewinnung junger Fachkräfte, ergänzte die Gesprächsrunde. Ein zweiter Schwerpunkt war die Situation im Osten Deutschlands. Er habe den Eindruck, dass sich viele Menschen in den neuen

Bundesländern benachteiligt fühlten, konstatierte Steinmeier. Die Landtagsvertreter bestätigten sein Gefühl. Immer noch niedrigere Löhne hierzulande, der drohende Rückzug namhafter Unternehmen wie aktuell Siemens und Linde aus Sachsen sowie der anstehende Strukturwandel in der Automobilindustrie hinterließen bei den Menschen ein großes Gefühl der Unsicherheit und Angst vor der Zukunft. Das Wichtigste für die Politiker sei es, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und mit den Bürgern im Gespräch zu bleiben, bilanzierte das Staatsoberhaupt, bevor es nach gut einer Stunde im Sächsischen Landtag zum nächsten Termin in die Staatskanzlei ging.







// Konferenz 2017 im historischen Nationalratsgebäude in Bratislava // Foto: Slowakischer Nationalrat

Foto: Landtag

Zuzana Palušáková

# Mitteleuropa in Europa

Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag



Bratislava, die Hauptstadt der Slowakei, in der man Mitteleuropa spüren kann, diente dem Forum Mitteleuropa in diesem Jahr als Treffpunkt für seinen internationalen Erfahrungsaustausch. Auf Einladung des Präsidenten des Nationalrats der Slowakischen Republik, Dr. Andrej Danko, sowie des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, kamen hier gut 150 Gäste aus Sachsen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Polen und Österreich zusammen. In der mit hochkarätigen Referenten und Diskutanten gespickten Veranstaltung ging es am Vormittag um das Thema »Mitteleuropas Wirtschaft und Infrastruktur in Europa«; nachmittags stand die Frage »Mitteleuropa als (ein) Kern in Europa?« im Mittelpunkt.

## Vielfalt und Zusammenarbeit

Die Themen und Diskussionen der diesjährigen Konferenz wurden von zwei wichtigen Ereignissen geprägt – dem Superwahljahr in Europa, das ganz im Zeichen der Gefahr des Populismus stand, und dem Anfang 2017 von Jean-Claude Juncker vorgestellten Weiß-

Am 17. Oktober 2017 kamen im historischen Nationalratsgebäude in Bratislava Politiker, Wissenschaftler, Studenten sowie Vertreter der Bürgergesellschaft aus ganz Mitteleuropa zusammen, um sich aktuell über Mitteleuropa in Europa auszutauschen. Die diesjährige Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag stand unter dem Motto »Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur«. //

buch zur Zukunft Europas. Besonders mit dem Weißbuch wurde nicht nur die Debatte über die Zukunft Europas forciert, auch die Position von Mitteleuropa in der Europäischen Union kehrte zurück in die Diskussion. Dieser Situation entsprechend betonte der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, in seiner Eröffnungsansprache: »Wir alle sind aufgefordert, uns konstruktiv an dieser Debatte zu beteiligen.« Die EU, die vor einer Neuausrichtung stehe, bezeichnete er dabei als »den einzig gangbaren Weg« für Mitteleuropa. Bei der Reform müssten aber »die nationalen Interessen und Identitäten respektiert werden«. Nation und Integration seien dabei keine Gegensätze, vielmehr sei es die verantwortliche Aufgabe der Nationalstaaten, sie auszugleichen. Natürlich gebe es hierbei Präferenzen und Differenzen, was berücksichtigt werden müsse. Gegenseitiges Vertrauen zwischen den Ländern Mittel-

europas bilde in jedem Fall »die Voraussetzung dafür, dass man sich gemeinsam weiterentwickelt«. In den Worten von Andrej Hrnčiar, dem Vize-Präsidenten des Slowakischen Nationalrats: »Die Vielfalt, die in diesem Raum herrscht, soll kein Hindernis für die Zusammenarbeit sein.«

## Mitteleuropa als (ein) Kern Europas?

Im ersten Themenblock widmete sich die Konferenz den Wechselwirkungen zwischen der mitteleuropäischen und der europäischen Wirtschaft. Ivan Mikloš, der ehemalige slowakische Finanzminister, sprach in seinem Referat nicht nur über Erfolge der mitteleuropäischen Wirtschaft, sondern auch über Herausforderungen, vor denen die Mitteleuropäer stünden. Begriffe wie Arbeitskräfte-



Fotos: Tibor Kuna

mangel, geregelte Migration, duale Ausbildung, zukunftssichere Automobilindustrie, (In-)Homogenität des Wirtschaftsraums oder die ökonomische Integration Mitteleuropas in Europa standen im Mittelpunkt der nachfolgenden Podiumsdiskussion zwischen Wirtschaftsexperten aus Ungarn, der Slowakei und Deutschland.

Der zweite Themenblock befasste sich mit der Frage, ob Mitteleuropa als Kern in Europa gesehen werden könne. Nach einem facettenreichen Einleitungsreferat der ehemaligen slowakischen Ministerpräsidentin Prof. Dr. Iveta Radičová gab Milan Štěch, der Präsident des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik, auf die zentrale Frage des Panels eine eindeutige Antwort: »Mitteleuropa ist der Kern des alten Kontinents, und zwar nicht nur im geografischen

Sinne.« Mitteleuropa sei vor allem ein Raum, in dem sich mehrere Projekte und Formen der Zusammenarbeit etabliert hätten, insbesondere die Visegrád-Gruppe. In den letzten Jahren sei jedoch das Interesse an Mitteleuropa etwas verloren gegangen. Vor allem die Länder der Visegrád-Gruppe würden in der EU für »problematische Mitglieder« gehalten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkämen. Dementsprechend stand diese Sonderform der Kooperation, die Visegrád-Gruppe, mit all ihren Differenzen, aber auch mit ihrer Zusammenarbeit im Mittelpunkt der zweiten, mit Experten aus Polen, der Slowakei, Österreich und Deutschland besetzten Diskussionsrunde.

Wie immer wird eine Anfang 2018 erscheinende Broschüre alle Reden und Diskussionen dokumentieren.

↙

**Visegrád-Gruppe**

Die Visegrád-Gruppe wurde im Februar 1991 im ungarischen Städtchen Visegrád als lockere politische Allianz der drei befreundeten mitteleuropäischen Staats- und Regierungschefs Lech Wałęsa, Václav Havel und József Antall gegründet. Ihr ursprüngliches Ziel war die Koordination des postkommunistischen Transformationsprozesses und die gemeinsame Heimkehr nach Europa. Nach der staatlichen Trennung von Tschechen und Slowaken im Jahr 1993 wurde aus Visegrád 3 die Visegrád 4, fortan bestehend aus Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei. Im Zuge der Flüchtlingskrise kam es zu einer Neubelebung der Visegrád-Gruppe, die u. a. in einem EU-kritischen Kurs ihren Ausdruck findet.



Ausgabe 8. 2017 / LANDTAGSKURIER

Zuzana Palušáková

## Bratislava – die jüngste Hauptstadt in der EU



Foto: Matej Kotula – stock.adobe.com

// Das historische Nationalratsgebäude in Bratislava, auch Gauhaus genannt, in dem die diesjährige Konferenz des Forums Mitteleuropa stattfand, diente früher dem Slowakischen Nationalrat als Tagungsstätte. Im Gauhaus wurden im Jahr 1992 die Deklaration der Souveränität der Slowakischen Republik und die Verfassung der Slowakischen Republik angenommen. //

Bratislava war im Laufe seiner Geschichte eines der wichtigsten wirtschaftlichen und administrativen Zentren Großmährens, des Königreichs Ungarn und der Tschechoslowakei. Nach der samtenen Revolution 1989 entwickelte sich Bratislava viel rasanter als andere Städte der Slowakei. Die Stadt wurde zum wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Mittelpunkt des jungen Landes. Trotz zahlreicher moderner Bauten hat Bratislava aber nicht an Charakter verloren. Die ganze Altstadt ist eine gemütliche Fußgängerzone, das Zentrum wirkt kleinstädtisch und ist historisch authentisch. Ob barocke Paläste, malerische Gassen, die »Blaue Kirche« St. Elisabeth oder der 4. Stock des Kulturzentrums Donau als ein weithin bekannter Treffpunkt für Hipster – in Bratislava findet jeder etwas für seinen Geschmack. Schon jetzt wohnt fast jeder zehnte Slowake in der Hauptstadt.

Mit fast 500 000 Einwohnern, darunter etwa 70 000 Studenten, ist Bratislava die größte und zugleich jüngste Stadt der Slowakei, die sich zudem eine bessere geografische Lage nicht wünschen könnte. Vom Marktplatz aus sind es nur wenige Kilometer bis zu den Grenzen nach Österreich und Ungarn, auch Tschechien ist nicht weit. Diese Nähe zu den Nachbarn hat Bratislava seit jeher geprägt, bis heute leben in der Stadt zahlreiche Minderheiten. Früher pflegte man diese Vielsprachigkeit, konnte sich einst in zehn Sprachen verständigen, unter anderem auch in Jiddisch oder Kroatisch. Die letzten Spuren dieser einstigen Vielsprachigkeit finden sich noch immer an der Apotheke U Salvatora, wo Apotheke, Lékarňa und

SLOWAKEI	
Hauptstadt	Bratislava ■
Einwohnerzahl	5,4 Millionen (2015)
Amtssprache	Slowakisch
Staatsform	Parlamentarische Demokratie
Gründungsdatum	1. Januar 1993
Staatsoberhaupt	Andrej Kiska
Regierungschef	Robert Fico

Gyógyszertár stolz nebeneinander stehen. Die Vielvölkermonarchie war in kaum einer anderen europäischen Großstadt so deutlich zu spüren wie hier. In Bratislava fand und findet sich daher das tatsächliche Mitteleuropa.

## Pressburg oder Bratislava?

Die Stadt hatte im Laufe der Zeit 19 verschiedene Namen, darunter Istropolis, Břetislav, Pozsony oder Pressburg. Selbst unter den Slowaken ist es weitgehend vergessen, dass Bratislava auch auf Slowakisch vor 1919 niemals Bratislava hieß: die slowakische Entsprechung von Pressburg bzw. Pozsony ist nämlich »Prešporok«.

Als Bratislava nach dem Ersten Weltkrieg für ein paar Monate eine freie Stadt wurde, war sie auch als Wilsonsstadt oder Wilsonovo bekannt. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als der neue Staat Tschechoslowakei gegründet wurde, kam es zur Umbenennung der Stadt und damit auch zur Veränderung von einer alten kaiserlichen Stadt zu einer unabhängigen Metropole. Die Bezeichnung Bratislav und später Bratislava wurde im März 1919 durchgesetzt.

## Internationale Künstler gestalten existenzielle Erfahrungen



Foto: G. Moreno

// Eine Ausstellung des Sächsischen Ausländerbeauftragten und des Willkommen im Hochland e. V. präsentierte vom 18. Oktober bis zum 16. November 2017 unter dem Thema »Wir I We I Nahnu« Arbeiten internationaler Künstler, die persönliche existenzielle Erfahrungen von Krieg, Flucht und Vertreibung widerspiegeln, aber oft auch den Blick auf Schönes lenken, das trotz schwieriger Situationen Hoffnung und Lebensfreude verleihen kann. //



Fotos: G. Moreno

*Markus Guffler*

# Perspektiven des Gemeinsamen:

Eine Ausstellung des Sächsischen Ausländerbeauftragten und des Willkommen im Hochland e. V.

// »Nahnu« heißt eigentlich auch nur »Wir« auf Arabisch. Das h wird mehr als ch gesprochen. Und um das Wir ging es: um die gemeinsame Auseinandersetzung, die Verständigung und das Bearbeiten von existenziellen Themen. Diese spannten in der Ausstellung den Bogen vom Erleben des Krieges und der Flucht über politische Kunst bis hin zu Arbeiten, die abseits der aktuellen Politik die Schönheit des Lebens sichtbar und fassbar machten. Vergangenes wie zerstörte Städte oder erlebte Gewalt wurde ebenso visualisiert wie lebensfrohe Aussagen. So spielten die Ankunft in Deutschland sowie das Verbinden und gegenseitige Beeinflussen von mitteleuropäischer und Heimatkultur eine große Rolle. //



Die Künstler sind Menschen, die aus unterschiedlichen Kulturen kommen. Sie waren entweder schon lange Künstler und hatten bereits international Erfolg oder sie lernten erst auf der Flucht ihr Handwerk. Sie eint eine sensible Betrachtungsweise und die Fähigkeit, Situationen, Gefühle und Spannungen professionell auf den Punkt zu verdichten.

Die breite, bunte Auswahl von Arbeiten versetzte die Betrachter in die Lage, eine vordergründige Perspektive auf die Flüchtlinge aufzubrechen und individuelle Lebensgeschichten wahrzunehmen. So wurden Länder und Erfahrungen sichtbar und vergleichbar.



# Wir | We | Nahnu

vom 18. Oktober bis zum 16. November 2017

»Näher, als wir glaubten«

»In der Regel«, so sagte es Geert Mackenroth, der die Ausstellung gemeinsam mit dem Verein »Willkommen im Hochland e. V.« initiiert hatte, »machen wir so die Erfahrung, dass wir Menschen oder ihren Kunstwerken begegnen, die uns näher sind, als wir glaubten.« Migrantinnen und Schutzsuchende nähmen so auf Augenhöhe am kulturellen, gesellschaftlichen und öffentlichen Leben in ihrer neuen Umgebung und Heimat teil.

Ausnehmend gut besucht war die Vernissage am 17. Oktober. In ihrer Begrüßung betonte Dr. Silvia Brügggen als Vertreterin des Landtags, dass die Möglichkeit der Begegnung mit anderen Kulturräumen Gesellschaften schon immer bereichert habe. In der Einführung dankte auch Kuratorin Dr. Christine Bücher vom ausstellenden Verein für die Chance, die erweiterte und qualitativ gewachsene Schau zeigen zu können. Bücher betonte Bedeutung, Reflexion und Fokussierung der Kunst in unserer Gesellschaft. Sprache, Kultur und Kunst veränderten sich – darin bestünde ihre Lebendigkeit und Kreativität. Wo diese Wandelbarkeit verloren ginge, würde Kultur statisch und sklerotisch. Das ganze Gegenteil vermittelten das farbige Gesamtbild im Bürgerfoyer und die anregende Atmosphäre unter den Besuchern.

Über 120 Arbeiten

Im Bürgerfoyer waren über 120 Arbeiten zu sehen. Neben klassischer Malerei, Zeichnungen und Drucken wurden Fotografien und Videoarbeiten gezeigt. Diese Vielfalt unterstrichen die beteiligten Künstler mit modernen Verfahren wie Tintenstrahldrucken oder einer Reihe



// Dr. Christine Bücher



// Dr. Silvia Brügggen



// Geert Mackenroth

von südamerikanisch beeinflussten Handpuppen aus Pappmaché, ergänzt durch Plastiken wie etwa die Arbeit »Stuhl des Geschichtenerzählers«, eine Leihgabe der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden.

Der Verein »Willkommen im Hochland e. V.« unterstützt Flüchtlinge seit 2015. Seine Mitglieder vermitteln Sprache, sind Paten, helfen im Alltag oder bei den Behörden. Es ist dem Verein hoch anzurechnen, dass er den Mut und die Energie hat, neben den ehrenamtlichen Mühen auch den Bedürfnissen nach Kunst und Entwicklung Raum zu geben. Schön, dass sich für einzelne Werke bereits zur Vernissage potenzielle Käufer fanden; es ist eine klare Aussage zum künstlerischen Niveau und eine Wertschätzung der Künstler.

Das Begleitheft zur Ausstellung und ausgewählte Repros hält die Internetseite [www.offenes-sachsen.de](http://www.offenes-sachsen.de) weiter bereit.





# »Wider die Feinde der Christenheit«

Ein Landtag im Sommer 1501

// Schlacht bei Mohács (1526), türkische Miniatur // wikipedia.org

Matthias Kopietz

## »Türken-Gefahr« auf Reichs- und Landtagen

Schock, Angst und Kriegsgefahr – die Eroberung Konstantinopels durch den osmanischen Sultan Mehmed II. im Mai 1453 erschütterte die europäischen Zeitgenossen. Enea Silvio Piccolomini, der am Königshof Friedrichs III. eine bemerkenswerte Karriere gemacht hatte, formulierte damals ein geradezu apokalyptisches Bedrohungsszenario: Er sah die Christenheit infolge des Expansionsstrebens des Osmanischen Reiches *in angulum*, also in die Enge getrieben, und postulierte die Notwendigkeit eines existenziellen Überlebenskampfes. In seinen als »Türkenkriegs-Reden« berühmten gewordenen Ansprachen auf den Reichstagen der Jahre

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

1454/55 verknüpfte Piccolomini, der 1458 sogar zum Papst gewählt wurde, die Kulisse einer kollektiven Bedrohung mit einer neuartigen politischen Oratorik, um die Reichsstände zur Verteidigung zu mobilisieren.

Auch in den folgenden Jahrzehnten wurde zu diesem Zweck der mittelalterliche Kreuzzugs-gedanke aufgegriffen und mit stereotypen Bildern vom »barbarischen Türken« propagandistisch zu einem Feindbild geformt. Die latente, angesichts der realen Lage oft überhöhte

»Türken-Gefahr« wurde so bis weit in das 17. Jahrhundert hinein zu einem Dauerthema politischer Versammlungen. Reichstage und Landtage sollten helfen, dieser Gefahr zu begegnen. Die römisch-deutschen Könige und Kaiser, die sich als Schutz-macht der Kirche und der Christenheit verstanden, konnten die Finanzierung der dazu erforderlichen Abwehrmaßnahmen aber nicht alleine gewährleisten. So wurden die Glieder des Reiches, d. h. auch die wettinischen Fürsten, aufgrund des beste-

henden Treue-Verhältnisses auf den Reichsversammlungen verpflichtet, diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Wettiner wiederum belangten dann auf eigenen Versammlungen die Stände ihres Herrschafts-bereichs, um das nötige Geld einzubringen. Auf diese Weise sollte das sogenannte »Türken-Geld« vom »Land«, also vor allem von den Untertanen und Bürgern der einzelnen Rittergüter, Ämter und Städte, bezahlt werden. Diese Abgaben wurden als »Türken-Hilfe« oder auch als »Türken-Steuer« bezeichnet.

## Der albertinische Landtag im Juni 1501

Die Türken-Frage, die unter Kaiser Friedrich III. mehrfach Gegenstand von Reichstagen

gewesen war, wurde um die Jahrhundertwende auch von dessen Sohn, Maximilian I., wieder aufgegriffen. Dessen wenig erfolgreicher Versuch, im Jahr 1495 eine allgemeine Reichssteuer, den »Gemeinen Pfennig«, einzuführen, zeugte von der schwachen Position des Königs, wenn es um eine feste Grundfinanzierung des Reiches ging. Denn es bestand der Usus, neue Geldhilfen immer wieder auf Versammlungen bewilligen lassen zu müssen. So kam es, dass 1500 im Zuge eines Reichstages in Augsburg ein erneutes Geldersuchen nötig wurde. Auch der wettinisch-albertinische Herzog Georg, der nicht persönlich in Augsburg anwesend gewesen war, wurde zur Zahlung aufgefordert. Doch erst Ende April 1501, nachdem der König ihn bereits ermahnt hatte, unternahm Georg konsequente Bemühungen in dieser Sache. Die herzogliche Kanzlei ließ nun Ladungen zu einem Landtag ausgehen, der am 14. Juni in Leipzig stattfinden sollte. Georg ließ als Grund für diesen Landtag nur vage anführen,

dass gewisse *sachen furgelallen* wären. Aus fürstlicher Not heraus wolle er daher mit seinen als »Landschaft« bezeichneten Ständen zusammenkommen. Für den einzelnen Geladenen ging aus der Einladung somit nicht hervor, welche Themen in Leipzig besprochen werden sollten. Die Pflicht zu »Rat und Hilfe« begründete aber die Verbindlichkeit, dennoch zu erscheinen.

Dass dieser Landtag tatsächlich gehalten wurde, davon zeugt ein an den Leipziger Stadtrat geschicktes Ausschreiben vom 18. Juni 1501. Es erging direkt nach dessen Beendigung und wurde mit dem Betreff *Stewer widder die feynd [der] Cristenheit* versehen. Da es sich hierbei um einen Druck handelt, ist davon auszugehen, dass auch den anderen Zahlungspflichtigen ähnlich lautende Exemplare

zugeschickt wurden. Das Dokument ist für unsere heutige Kenntnis von diesem Landtag von zentraler Bedeutung. Es nimmt nämlich direkten und wörtlichen Bezug auf den Landtag an sich, benennt exklusiv seinen Beratungsgegenstand – eben die in Augsburg zugesagte Geldhilfe – und ist das einzige konkrete Zeugnis für das Handeln der albertinischen Stände auf dieser Versammlung.

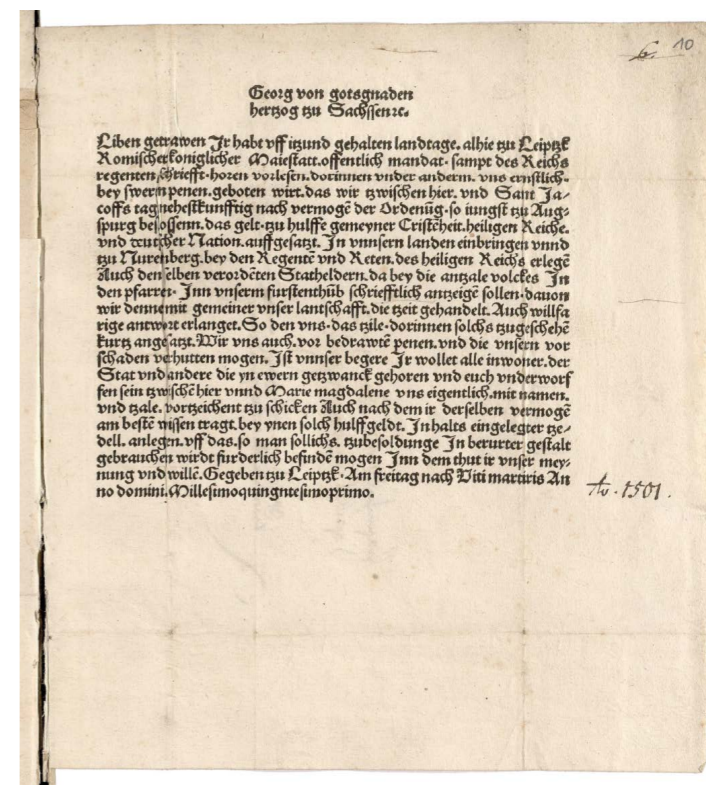
Der Herzog erinnerte den Leipziger Rat mit diesem Druck daran, dass ihm auf dem jüngst gehaltenen Landtag das offizielle königliche Mandat vorge-tragen worden war. Laut diesem war unter Strafanndrohung festgelegt, dass das Geld in Georgs *landen* gemäß der jeweils verkündeten Steuerbeträge bis zum 25. Juli eingehen und beim Nürnberger Rat hinterlegt werden sollte. Mit *gemeiner unser lantschafft*, also den als Gesamtheit verstandenen Ständen, hätte Georg diesbezüglich in Leipzig *gehandelt*. Sie hätten sich dabei verpflichtet, und dazu hielt er sie nun eindringlich an, Register von

den steuerpflichtigen Einwohnern zu erstellen. Die konkrete Verteilung der Steuerlast auf die einzelnen Bürger zu bestimmen, hatte Georg übrigens der Stadt überlassen. Dies selbst zu tun, wüsste sie am besten, ließ er anmerken. Die besagten Register der »Türken-Steuer« von 1501 wurden in der Folge von den Ständen eingereicht. Sie sind uns in einer außergewöhnlichen Dichte erhalten geblieben und umfassen in fünf Bänden ca. 75 000 Namen.

## Selbst- und Fremdbilder

Mit einer solchen Bewilligung von »Türken-Hilfen« handelten die Fürsten und Stände nicht nur aus einem bestehenden Rechtsverhältnis heraus. Vielmehr reflektierten Landtage dabei auch das Selbstverständnis der Zeitgenossen. Das besprochene Ausschreiben von 1501 verwies darauf, dass hierbei zu Hilfe *gemeyner Cristenheit, des heiligen Reichs] und deutscher Nation* gehandelt

wurde. Wenn Herzog Georg und seine Stände dazu beitrugen, dann geschah dies in der zeit-typischen Vorstellung, Glieder des »Reichskörpers« zu sein. In der Auseinandersetzung mit dem Fremden, mit dem zum Feind stilisierten »Türken«, ging dies dann ex negativo mit einem gesamtchristlichen Bewusstsein einher. Was heute unter dem Stichwort der Identitätsbildung gefasst würde, hatte Jahrzehnte zuvor bereits Enea Piccolomini thematisiert, wenn er die *unitas christiana*, die Gesamtheit der Christen, beschwor und sie mit dem bis dahin eher räumlich verstandenen Begriff von Europa zu einem politischen Einheitskonzept aufgeladen hatte. Angesichts der drohenden Gefahr aus dem Südosten wurde die christliche Gemeinschaft nun als europäische Christenheit gedacht. Solche Denkfiguren hatten dann wiederum Auswirkungen auf das politische Handeln – und legitimierten Geldforderungen. Damit ging aber auch die Gefahr der Instrumentalisierung von Reichs- und Landtagen einher. Nicht selten wurden »Türken-Gelder« zweckentfremdet und die christlichen Motive damit korruptiert. Solche Missstände riefen dann ihrerseits Kritik hervor – nicht zuletzt Martin Luther befasste sich eingehend mit der christlichen Rechtfertigung und Finanzierung eines Krieges gegen die »Feinde der Christenheit«.



// Das herzogliche Ausschreiben an den Rat zu Leipzig (Staatsarchiv Leipzig)



Foto: S. Flüßel

## Landtagspräsident Dr. Röbner mit »Offizierskreuz des Verdienstordens von Ungarn« geehrt

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner hat das »Offizierskreuz des Verdienstordens von Ungarn« erhalten. Dr. Péter Györkösi, Ungarns Botschafter in Deutschland, überreichte ihm den Orden am 30. Oktober 2017 im Dresdner Ständehaus. Gewürdigt wird mit der Auszeichnung »sein beispielgebendes Wirken zur Förderung der ungarisch-deutschen und der ungarisch-sächsischen Beziehungen und zur Stärkung des guten Rufs von Ungarn«. Dr. Matthias Röbner engagiert sich u.a. im Forum Mitteleuropa seit Jahren für enge und gute Beziehungen Sachsens zu den mitteleuropäischen Ländern.



Foto: S. Flüßel

## Antrittsbesuch des brasilianischen Botschafters beim Landtagspräsidenten

Die Fahne Brasiliens wehte am 2. November 2017 im Herbstwind vor dem Ständehaus in Dresden: Seine Exzellenz Mario Vilalva, der Botschafter des südamerikanischen Landes, traf sich zu seinem Antrittsbesuch mit dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner. Dabei trug sich der Diplomat in das Gästebuch des Landtags ein. Das historische Ständehaus war von 1907 bis 1934 Sitz des Sächsischen Landtags und beherbergt auch heute Repräsentationsräume des Parlaments.

## Festschrift zur Feierstunde am 3. Oktober 2017 erschienen

Mit einer offiziellen Feierstunde im Plenarsaal würdigte der Sächsische Landtag den Tag der Deutschen Einheit. Die Festrede des gebürtigen Österreicher Prof. Dr. Michael Gehler, »Zeitenwende in Mitteleuropa. Die Umbrüche 1989/90 – Ursachen und Folgen«, sowie die Reden des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner und des Staatsministers der Justiz, Sebastian Gemkow, finden sich in dieser Broschüre wieder. Die Publikation kann kostenfrei beim Sächsischen Landtag bestellt werden.



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter: [twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt)

## SERVICE

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

13. – 14.12.2017  
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

31.01. – 01.02.2018  
14. – 15.03.2018  
25. – 26.04.2018

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.mdr.de](http://www.mdr.de).



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen  
CDU  
Tel. 0351 493-5555  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
GRÜNE  
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief  
Sächsischer Landtag  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133  
[publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Besucherdienst  
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer  
Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;  
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag  
Öffnungszeiten:  
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr  
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Werbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 17.11.2017  
Gastautoren: Marcus Guffler, Sächsischer Landtag; Linda Herfurth, Sächsischer Landtag, Praktikantin; Zuzana Palušáková, Sächsischer Landtag; Matthias Ropietz, TU Dresden, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.